

## Antworten zu Wahlprüfsteinen des BDM

### **Zu I.1**

Nach Wegfall der Milchquote unterliegt der Milchmarkt den Marktgesetzen, sodass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Es gibt keinen mehrheitsfähigen Beschluss, der hiervon wieder abrücken will. Durch die zwei Milchmengenreduzierungsprogramme der Bundesregierung wurde ein „Sicherheitsnetz“ nach unten eingebaut. Hinzu kommt die durch die Bundesregierung unterstützte Exportinitiativen und Fördermittel zur tieferen Wertschöpfung im Meiereiwesen, die sog. Intervention. Das von der CDU seinerzeit favorisierte „Vermarktungskontor“ wurde von der Branche selbst abgelehnt.

### **Zu I.2**

Die von der Bundesregierung initiierten Programme gehen bereits in diese Richtung. Auf europäischer Ebene ist dies bisher leider nicht umsetzbar gewesen. Wünschenswert wären auch (in der kleinsten Einheit) Vorschläge zur Milchmengenreduzierung, bspw. durch die Meiereien über die Preisgestaltung.

### **Zu I.3**

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Wenn keine 40 ct am Markt zu erzielen sind, kann sie auch die Politik nicht gewähren. Preisgarantien können wir nicht geben. Betriebe wird man nur durch gezielte Förderprogramme in Grünlandregionen halten können.

### **Zu I.4**

Es bleibt fraglich ob die Politik etwas ändern soll, was an der Basis selbst nicht gefordert wird. Wenn über 90 % der Milchbauern in Genossenschaften organisiert sind, stellt sich die Frage, warum nicht mehr Landwirte auf den freien Markt wechseln. Preisgestaltung und Liefermengenvereinbarungen sind auf Genossenschaftsebene durch die Mitglieder per Abstimmung zu gestalten.

### **Zu II.1**

Grundsätzlich gibt es dies schon für die ersten 50 Hektar. Dennoch begeben sich gerade die kleineren Betriebe in eine zu große staatliche Abhängigkeit. So überlegenswert der Ansatz auch ist, auch Betriebsteilungen aus ökonomische Erwägungen müssen ausgeschlossen werden.

### **Zu II.2**

Nein, besonders bei kleinen landwirtschaftlichen Betrieben würden die Einkommen unmittelbar sinken – Kontinuität und Verlässlichkeit der GAP würden in Frage stehen.

Wenn überhaupt Veränderungen anstehen, so ist dies nur im europäischen Verbund sinnvoll. Alles andere würde die Wettbewerbsfähigkeit nur unzulässig einschränken. Die Erfahrungen mit Geldern aus der zweiten Säule hat gezeigt, dass die eingesetzten Finanzmittel häufig nicht bei den aktiven Landwirten angekommen sind. Außerdem dürfen Gelder aus der zweiten Säule nur die Nachteile ausgleichen und nicht gewinnerhöhend wirken.

### **Zu II.3**

Wenn gesellschaftlich eine Mehrheit die verstärkte Ausrichtung z.B. auf mehr Naturschutz fordert, so muss der Landwirtschaft ein ausreichender Übergangszeitraum gewährt werden hierauf zu reagieren. Letztlich muss es aber die vorrangige Aufgabe des Landwirtes bleiben, wertvolle Nahrungsmittel am Markt zu produzieren und nicht auf die finanzielle Abhängigkeit des Staates angewiesen zu sein.

### **Zu II.4**

Auch die stärkere Einbindung der Arbeitskraft ist grundsätzlich ein guter Gedanke. Nur ist zum einen der bürokratische Aufwand enorm, zum anderen gilt es auch hier einem drohenden Missbrauch vorzubeugen.

### **Zu III.1**

Die auf Bundesebene gefundene Lösung beim Düngemittelrecht ist ein Kompromiss. Mit ihm wurde die Grenze des für die Landwirtschaft Zumutbaren zumindest erreicht. Die vorgesehene Länderklausel lässt nichts Gutes ahnen. Wünschenswert im Sinne gleicher Wettbewerbsbedingungen wären bundeseinheitliche Regelungen.

Eine Pflanzenschutzmittel-Steuer wäre undifferenziert und wettbewerbsverzerrend. Es würde die eingesetzten Betriebsmittel verteuern und ihre Wirkung ist zudem zweifelhaft; eine Steuer auf Stickstoff/ natürlichen Dünger hätte zudem keinen direkten Einfluss auf die Ausbringungsmenge. Richtiger sind da die vorgesehenen rechtlichen Rahmenbedingungen über die Düngegesetzgebung und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.

### **Zu III.2**

Eine Kennzeichnung im Sinne der Fragestellung wäre mit Sicherheit wünschenswert. Grundsätzlich wird es nur schwierig mit der Kennzeichnung, wenn nicht ganze Tiere, sondern weiterverarbeitete Produkte angeboten werden. Kleine und handwerkliche Betriebe in der Lebensmittelverarbeitung werden diese Forderungen kaum erfüllen können.

### **Zu III.3**

Mehr Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung insbesondere bei bürokratischen Hürden von Seiten der Landesregierung könnten zu einer deutlich besseren Stimmung in

der Landwirtschaft beitragen. Heute hören viele Betriebe nicht aus finanziellen Erwägungen heraus auf, sondern weil sie sich vermehrter Kritik ausgesetzt sehen und es ihnen damit an Perspektive mangelt.